

DER DIREKTOR
der
Eidgenössischen Handelsabteilung

Bern, den 21. Januar 1974

B

1613.1

Notiz an Herrn Bundespräsident Brugger

Herr Long, der in seiner Eigenschaft als Generaldirektor des GATT an der Tagung der Finanzminister der Zwanziger-Gruppe in Rom von letzter Woche teilgenommen hatte, hat mich wie folgt orientiert:

Die Sachfragen, die mit der Währungsreform verbunden sind, wurden nicht näher vertieft; die Auswirkungen der Erdölpreiserhöhungen auf die Zahlungsbilanzen und die Verwendung der Deviseneinnahmen der ölproduzierenden Staaten standen eindeutig im Vordergrund. Die von den beiden Vertretern der arabischen Länder - Irak und Marokko - abgegebenen Erklärungen waren im Ton konzilient und brachten die Bereitschaft zu einer währungspolitisch verantwortungsbewussten Haltung zum Ausdruck. Die erhöhten Deviseneinnahmen sollen ^{zum Teil} einerseits zur Aeufnung eines regionalen arabischen Entwicklungsfonds - nach dem Muster der bestehenden regionalen Entwicklungsbanken der Weltbankgruppe - andererseits durch Vermittlung der Weltbank eingesetzt werden ("recycling"). Einzig Shultz und Fridrichs sollen das heutige Preisniveau für Erdölprodukte als für die westliche Wirtschaft unträglich bezeichnet haben.

Long bestätigt, dass der Zwanziger-Klub sich nach seiner nächsten Sitzung am 13./14. Juni in Washington auflösen soll. Auf den gleichen Zeitpunkt sollen die Organe des Währungsfonds durch einen neuen Ausschuss auf Ministerebene verstärkt werden, der drei- bis viermal jährlich zusammentreten würde, um die internationale Währungslage zu überprüfen und sich allenfalls über koordinierte Interventionen ins Benehmen zu setzen.

./.



- 2 -

Im übrigen habe Einigkeit geherrscht, dass

- die Sonderziehungsrechte eine vermehrte Rolle zu spielen haben und deshalb möglichst attraktiv auszugestalten sind (Wert ausgedrückt im Durchschnitt einer repräsentativen Gruppe wichtiger Währungen; angemessene Verzinsung);
- das internationale Währungssystem durch den IWF gemanaged werden müsse.

Diese Neuentwicklung wirft einmal mehr die Frage der schweizerischen Beziehungen zum Währungsfonds auf. Je einflussreicher dessen Rolle, desto dringlicher die Frage eines schweizerischen Mitspracherechts oder mindestens einer Konsultationsmöglichkeit.

